

wärtige Stadtrat für Wirtschaftstfragen sich in vollständige Abhängigkeit von der Zweizonen-Verwaltungsbürokratie in Minden begeben. Statt eine Wirtschaftsplanung in Berlin durchzuführen und selbständige Wirtschaftsbeziehungen durch Austausch von Erzeugnissen der Elektroindustrie gegen Lebensmittel zu organisieren* leistet der sozialdemokratische Stadtrat dagegen noch immer Widerstand. Das zeigt, wie wenig unabhängig diese sozialdemokratischen Stadträte sind. Wäre es nicht besser, weniger nach Minden zu reisen und sich mehr um die Wirtschaftspolitik zu kümmern? (Lebhafte Zustimmung.)

Das Versagen der sozialdemokratischen Führung im Magistrat entspringt ihrem Bestreben, sich den Wünschen des rechten Flügels der CDU und der LDP anzupassen. Deshalb ist die Lage in der Enteignung der Konzerne eine solche, daß die Konzernherren von Siemens und AEG und von anderen Konzernen auf die CDU- und die LDP-Führung drücken, und diese bringen die sozialdemokratische Führung zur Nachgiebigkeit. Darauf ist es zurückzuführen, daß es bis heute in Berlin noch keine Liste der Betriebe gibt, die der Enteignung unterliegen müssen. Allgemeines Gerede über Sozialisierung nützt nichts. Notwendig ist, daß die Führung der beiden Arbeiterparteien' und der Gewerkschaften sich über die Liste der Betriebe verständigen, die zu enteignen sind.

Das nächste ist also die Stellungnahme der Betriebsbelegschaften. Diese sollen entscheiden, ob sie die Enteignung der Betriebe für notwendig halten.

Mit dem Kampf um die Enteignung der Konzerne und Kriegsverbrecherbetriebe in Berlin ist unmittelbar die Frage der künftigen Stadtverfassung verbunden. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Frechheiten der Konzernherren und der Nazisten im Westen Berlins die sozialdemokratischen Genossen davon überzeugen, daß es notwendig ist, in der Stadtverfassung ausdrücklich die Enteignung der Betriebe der Konzerne und Kriegsverbrecher auszusprechen und jede nazistische, rassistische und militaristische Betätigung durch die Verfassung zu verbieten.

Wenn die Sozialdemokratie sich für die Demokratie erklärt, dann möge sie auch das Stadtparlament als höchste Körperschaft anerkennen und sich dafür einsetzen, daß Verwaltung und Justiz nur ausführende Organe der demokratischen Gesetzgebung der Stadtverordnetenversammlung sind. Soviel zur Lage in Berlin.